



Für die Bürgerinnen und Bürger in den Stadtgebieten
Zellerau, Mainviertel, Nikolausberg und Steinbachtal

zellerauer kurier

Nr. 93, März 2011

36. Politischer Aschermittwoch der Zellerauer SPD

9. März 2011, 19.30 Uhr

Gasthaus „Zum Onkel“, Frankfurter Straße 34

AKW-Laufzeitverlängerung – was bedeutet das für unsere Stadtwerke?

Diskussion mit:

Prof. Dr. Norbert Menke, Geschäftsführer WWV

Volkmar Halbleib, MdL

Alle Mitbürgerinnen und Mitbürger sind wie immer herzlich eingeladen.

Bereits ab 18.30 Uhr bietet der „Onkel-Wirt“
die Heringsportion mit Beilage in bewährter Qualität an.

Die SPD will die Rente mit 67 erst dann einführen, wenn die Bedingungen dafür erfüllt sind

Vertretbar ist die Anhebung der Regelaltersgrenze für die SPD nur, wenn die Quote der sozialversicherungspflichtig beschäftigten 60- bis 64-Jährigen von derzeit rund 23% auf mindestens 50% steigt.

Die SPD sieht für das Jahr 2012 daher die Voraussetzungen für einen Einstieg in die Anhebung des Renteneintrittsalters nicht gegeben. Schwarz-Gelb hat 2010 die Realität auf dem Arbeitsmarkt einfach übergangen.

Aus gutem Grund hat die SPD 2007 in der Großen Koalition darauf bestanden, dass der Beginn der schrittweisen Erhöhung des Renteneintrittsalters mit der Überprüfung der Beschäftigungssituation Älterer verknüpft ist. Erst bei einer erneuten Überprüfung der Beschäftigungslage Älterer, die 2014 wieder fällig wird, wird sich zeigen, ob die Voraussetzungen für ein höheres Renteneintrittsalter erfüllt sind.

Für die SPD sind dabei flexiblere Übergänge in die Rente, die die persönlichen Voraussetzungen und Bedürfnisse des Einzelnen stärker berücksichtigen, ebenso notwendig wie das Zurückdrängen prekärer Beschäftigung und eine Vereinfachung der Teilrente, damit ab dem 60. Lebensjahr neben einer verkürzten Arbeitszeit eine Teilrente bezogen werden kann. ■

Die SPD steht für den schrittweisen Abzug der deutschen Truppen aus Afghanistan ab 2011.

Die SPD will erreichen, dass es bei dem vor zehn Jahren zwischen der rot-grünen Bundesregierung und der Energiewirtschaft vereinbarten Atomausstieg bleibt.

Dioxin-Skandal: Bund und Länder übernehmen Forderungen der SPD

Bundesverbraucherministerin Aigner (CSU) hat die Verbraucher mit mangelhaftem Krisenmanagement und schlechter Informationspolitik verunsichert. Erst der Druck der Opposition und der Öffentlichkeit haben die überforderte Ministerin zum Handeln gezwungen.

Im Januar wurden die Forderungen der SPD übernommen und in einem Maßnahmenplan verabschiedet.

Nun kommt es darauf an, dass die Ministerin den Maßnahmenplan auch umsetzt.

Auch ihr Amtsvorgänger Seehofer hatte wegen des Gammelfleischskandals bereits einen Maßnahmenplan vorgelegt, der von CDU und CSU in der Großen Koalition dann ausgebremst wurde.

Leider blieb im Januar eine wesentliche SPD-Forderung auf der Strecke: der Schutz von Beschäftigten vor Kündigung, wenn sie Missstände und Vergehen ihrer Arbeitgeber den Behörden melden. Viele Skandale konnten in der Vergangenheit nur durch mutige Arbeitnehmer aufgedeckt werden. ■

Die Grünen sind keine Volkspartei

Gesellschaftlicher Fortschritt kommt nur mit Rot-Grün. Das rot-grüne Fortschrittsprogramm enthält die Einführung der Bürgerversicherung und die sozial-ökologische Wende. Mit der Wirtschafts- und Finanzkrise ist heute die marktradikale Dominanz gebrochen. Eine andere Politik als Schwarz-Gelb ist möglich. Die Grünen sind der bevorzugte Partner der SPD für eine Regierungsbildung.

Regierungsführung braucht aber das richtige Augenmaß. Die Bürger werden die sozial-ökologische Wende nur mitgehen, wenn sie nicht überfordert werden. Nur unter Führung der SPD wird die ökologische Wende auch sozial vonstatten gehen.

Auch die SPD will zum Beispiel die energetische Sanierung von Altbauten. Die SPD will jedoch dafür sorgen, dass die Mieten bezahlbar bleiben. Geht es nach den Grünen soll dort die Sanierung aber auf Kosten der Mieter umgelegt werden dürfen. Die Grünen nehmen das in Kauf.

Sie haben keine glaubwürdigen Antworten für die Arbeitnehmerschaft mit durchschnittlichen und geringen Einkommen. Alle schwarz-grünen Koalitionen zeigen dies sehr deutlich.

Das Grünen-Image ist mit seinen Lifestyle-Aspekten gerade „in“. Volkspartei kann aber nur sein, wer die Interessen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen zusammenführen kann. Diesen Beweis sind die Grünen bisher schuldig geblieben. ■

Schwarz-Gelb beerdigt die „Soziale Stadt“

Mit dem Bundeshaushalt 2011 fährt die Bundesregierung die Städtebauförderung massiv zurück. Minister Ramsauer (CSU) kürzte das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ um über 70 Prozent!

570 Projekte in über 350 Kommunen sind betroffen, darunter auch Würzburg mit Heuchelhof und Zellerau. Neue Projekte wird es in den meisten Fällen gar nicht mehr geben.

In der Zellerau sind weitere Maßnahmen des Projektes „Soziale Stadt“ wie die Pausenhofumgestaltung in der Friedrichstraße, der Quartiersplatz in der neuen Zellerauer Mitte oder die Neugestaltung der Weißenburgstraße bereits fertig oder zumindest begonnen. Der Neubau des Jugendzentrums, die Umgestaltung des Marktplätzles, der Grill- und der Skaterplatz am Main stehen in den Startlöchern.

Die Stärke des Programms, die Bewohner des betreffenden Viertels direkt an den Entscheidungen zu beteiligen und durch ein Quartiersmanagement alles in einer Hand ressortübergreifend zu organisieren, machte dieses von der rot-grünen Bundesregierung aufgelegte Programm in den letzten zehn Jahren so erfolgreich.

Damit legt Schwarz-Gelb erneut die Axt an das Soziale. Gegen eine nachhaltige und sozial verantwortliche Entwicklung unserer Städte. ■

2010 feierte die Fischerzunft Würzburg ihr 1000-jähriges Bestehen



Zunftmeister Franz Gugel



Aus dem ehemaligen Schmalzlerhöflein im Mainviertel wird der Platz der Fischerzunft. OB Georg Rosenthal bei der Einweihung.



Das Symbol der Fischerzunft besteht aus drei gekreuzten Fischen, was nicht nur die Heiligen Drei Könige, sondern auch die Dreieinigkeit darstellen soll.

Immer am 6. Januar feiern die Fischer ihren Jahrestag, das sogenannte Handwerk, bei dem sie über die Satzung, die Finanzen und die zukünftigen Ereignisse diskutieren und abstimmen.

Die Fürsten und Bischöfe, ihnen gehörten die Fischrechte, übertrugen diese Rechte an die Fischer, die dafür 1010 eine Zunft gründeten. Die Mainfischer ließen sich im heutigen Mainviertel nieder, der ersten Siedlung aus der sich das spätere Würzburg entwickelte.

2010 gab es am 6. Januar ein Ehrenhandwerk in der Zehntscheune des Juliuspitals, ein Festakt mit zahlreichen Ehrengästen.

Im März wurde das Buch „Zunft und Fisch“ von Dr. Brod und Dr. Wondrak zum 1000-jährigen Bestehen vorgestellt.

Im Juni fand der Festakt in der Neubaukirche statt und im Martin-von-Wagner-Museum in der Residenz wurde die graphische Sammlung der Fischerzunft ausgestellt.

Am 18. Juli fand das Fischerstechen auf dem Main statt.

Im September fand im Spitäl die Ausstellung „Fischerzunft Würzburg – 1000 Jahre Tradition am Main“ statt.

Aberundet wurde das Jubiläumsjahr im Dezember mit einem Abschlussgottesdienst.

Heute ist der Beruf des Fischers auf dem Main nicht mehr ausübbar. Die Fischerzunft hat es sich zur Aufgabe gemacht, durch Einsetzen von Fischen die Fischbestände zu sichern sowie Tradition und Geschichte dieses Berufes zu bewahren und an nachfolgende Generationen weiterzugeben. ■

Infos: www.fischerzunft-wuerzburg.de

Eindrücke vom Fischerstechen im Juli 2010



Fotos: Maximilian Göb



Im Februar 2011 verstarb unser langjähriger Genosse

Adolf Betz

im Alter von 75 Jahren.

Adolf Betz, Mitglied unserer Partei seit über 50 Jahren, war sein Leben lang ein überzeugter Sozialdemokrat.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Wir gratulieren!

Im 2. Halbjahr 2010 und im 1. Quartal 2011 gratulieren wir unseren folgenden Mitgliedern zu runden Geburtstagen:

Dr. Wolfgang Porzner – 60 Jahre
Manfred-Josef Roos – 60 Jahre
Hilga Schmitt – 70 Jahre
Hermann Weißenberger – 85 Jahre

Herzlichen Glückwunsch!

Die Zellerauer SPD vor Ort



Am 30.7.2010 auf dem Bürgerbräu-Areal. CTW-Geschäftsführer Klaus Walther erläutert die Planungen.



Ein Besuch bei der Sektellerei Höfer war Bestandteil des Rundgangs.

Fraunhofer ISC: Neubau am Neunerplatz

www.isc.fraunhofer.de

Im Juli 2010 fand in Anwesenheit politischer Prominenz die Grundsteinlegung für den Bau eines neuen Labor- und Technikumsgebäudes für Werkstoffforschung des Fraunhofer ISC am Rand der Talavera statt.



Den Zaun um das Baugelände gestalteten Schüler der Zellerauer Mittelschule.

Nach 1996 und 2006 stellt diese dritte Instituterweiterung einen weiteren Schritt zur Stärkung des Wissenschaftsstandorts Würzburg mit attraktiven Arbeitsplätzen in der Zellerau dar. ■



Auch OB Georg Rosenthal war bei der Grundsteinlegung dabei. Fotos: Richter für Fraunhofer ISC



Im Januar 2011 verstarb unsere langjährige Genossin

Irma Schwarzkopf

im Alter von 99 Jahren.

Irma Schwarzkopf, Mitglied unserer Partei seit 1930, war ihr Leben lang eine überzeugte Anhängerin von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit.

Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.



Walter Kolbow überreichte Irma Schwarzkopf im Sommer 2010 die Ehrenurkunde für 80 Jahre Mitgliedschaft in der SPD.

+++ **Ab dem 1.5.2011** können Arbeitnehmer aus Lettland, Litauen, Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Estland ohne jede Einschränkung eine Beschäftigung in Deutschland aufnehmen. Spätestens 2014 folgen Bulgarien und Rumänien.

Auch deshalb hält die SPD am Ziel eines gesetzlichen Mindestlohns fest. +++

+++ **Der 68. Deutsche Juristentag** sprach sich im September 2010 für die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns aus. Weil immer mehr Beschäftigte ihre niedrigen Löhne durch Sozialleistungen aufstocken müssten, sei der Marktmechanismus am Arbeitsmarkt zunehmend gestört. „Diese Subvention wird beim Vertragsschluss einkalkuliert.“ Die Kosten trage die Allgemeinheit. Mit Billiglöhnen würden Gegenwartsprobleme zudem auf künftige Generationen abgewälzt. Denn Arbeitnehmer haben dadurch keine Chance mehr, ausreichende Rentenansprüche zu erarbeiten. +++

+++ **Die SPD will flächendeckende Mindestlöhne**, die garantieren, dass Menschen nicht zusätzlich zu ihrem Arbeitslohn auf staatliche Unterstützung angewiesen sind: Sozial ist, was Arbeit schafft, von der man leben kann! Bei der Leiharbeit muss der Grundsatz „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“ gelten. +++

„Niemand sollte einem anderen dadurch den Arbeitsplatz wegnehmen, dass er die gleiche Arbeit billiger anbietet.“

Josef Středula, Präsident der tschechischen Metallgewerkschaft OS KOVO

Drohender Personalabbau?

Unser Landtagsabgeordneter Volkmar Halbleib besuchte die *Wasser- und Schifffahrtsdirektion Süd* in der Wörthstraße 19. Die Gewerkschaft Ver.di befürchtet, dass Stellen von der Bundesregierung gestrichen und die Aufgaben privatisiert werden. Dabei geht es vor allem um die technische Instandhaltung und Betreuung der wasserbaulichen Anlagen und Schleusen sowie den Notfalldienst bei Havarien. Hier ist Erfahrung und Beständigkeit gefordert. Volkmar Halbleib befürchtet Qualitätsverlust und erhebliche Sicherheitsrisiken. ■



V. l. n. R.: Vizepräsident Hans-Uwe Kiehne, Personalrat Egon Höfling, Bezirkspersonalrat Herbert Koch, Präsident Detlev Aster, MdB Frank Hofmann und MdL Volkmar Halbleib.

Bildung und Teilhabe sind auch wichtig für Kinder mit armen Eltern!

Unser Buchtipp



Ernst Ulrich
von Weizsäcker,
Karlson Hargroves,
Michael Smith
Faktor Fünf

Verlag Droemer,
2010, 19,95 €
ISBN 978-3-426-27486-6

Die Welt wird sich im 21. Jahrhundert grundlegend verändern. Die Menschheit muss lernen, nachhaltig mit der Erde umzugehen. Mit Faktor Fünf stellen Ernst Ulrich von Weizsäcker und seine Koautoren das Konzept eines zukunftssicheren, umweltschonenden Wirtschaftens vor. Sie zeigen, wie wir die Rohstoffe effizienter nutzen und mit dem Einsatz neuer Technologien sogar Wohlstand und Lebensqualität wachsen lassen können. Dieser neue Bericht an den Club of Rome ist eine überzeugende Antwort auf die gegenwärtigen ökologischen Herausforderungen.

Unser Landtagsabgeordneter Volkmar Halbleib

Mail: buergerbuero-halbleib@t-online.de
www.volkmar-halbleib.de



Bürgerbüro
Semmelstr. 46
97070 Würzburg
☎ 5 93 84

Sanierung Nautiland-Bad

Am 12.11.2009 hatte der Stadtrat einen Grundsatzbeschluss zur Würzburger Bäderlandschaft gefasst, der die Sanierung des Nautiland-Bades am Standort zu einem marktgerechten Familien- und Freizeitbad mit Gewährleistung des Schul- und Vereinsschwimmens beinhaltet.

Im Rahmen eines Bürgerbeteiligungsverfahrens fanden am 6. August und 29. September 2010 zwei gut besuchte Bürgerwerkstätten in der Franz-Oberthür-Schule statt.

Es wurden Informationen vermittelt, Ideen und Interessen aufgenommen, mögliche Ausbauperspektiven diskutiert, grundlegende Richtungsentscheidungen für die Sanierung gefällt und Anforderungen und Ziele für die konkrete Planung formuliert. OB Georg Rosenthal hat auch hier Wort gehalten! ■

www.wuerzburg.de/sport-freizeit

Impressum: SPD Zellerau, www.spd-zellerau.de
V.i.S.d.P. Klaus Friedrich

Weißenburgstraße 3
97082 Würzburg
09 31 / 4 26 89

Satz: Elstersatz, Wildflecken
Druck: bonitasprint, Würzburg
Auflage: 8 700

Sprechstunden

unserer Stadträtin
Gisela Pfannes

jeden Samstag
von 9–10 Uhr,
unter ☎ 41 57 52

